

Mediation muss mehrheitsfähig sein

Autor: Jean-Pierre Schiltknecht, Zollikerberg

Datum: 28. Juni 2004

Die Zürcher Regierung kommuniziert nach aussen immer wieder, der Flughafen könne nicht gegen den Willen seiner Bevölkerung betrieben werden. Im Demokratieverständnis des Bürgers heisst dies, dass ein möglicher Mediationskonsens nur dann Legitimation erlangt, wenn er im Volk mehrheitsfähig ist.

Um dieser Erkenntnis bestmögliche Chancen zu geben, ist es für die Mediation unumgänglich, dass die verschiedenen Interessengruppen auch entsprechend ihrer zahlenmässigen Bevölkerungsdichte an der Mediation vertreten sind. Nur so besteht Hoffnung, dass die Bevölkerung die Entscheidung mittragen wird. Die vorgesehene Zusammensetzung der als Vorläufer der Mediation geplanten Koordinationsgruppe entspricht diesen Vorgaben aber in keiner Weise. So ist der bevölkerungsreichste Süden im Vergleich zu den anderen Regionen in krasser Unterzahl.

Ferner muss sich die Zürcher Regierung im Klaren sein, dass sie ihre Argumentationen in der Flughafenpolitik heute nicht mehr auf die Resultate der vorangegangenen Flughafenabstimmungen abstützen kann, da sich die Meinungen grundlegend geändert haben. Die Regierung muss sich auch die Erinnerung gefallen lassen, dass jene Abstimmungen auf von ihr im Abstimmungskampf dem Stimmvolk schmackhaft gemachten Prognosen von max. 250'000 Flugbewegungen beruhten. Es wäre deshalb nicht nachvollziehbar, wenn die Regierung diese Tatsache in ihrer Mediationshaltung ausklammern oder gar versuchen würde, die soeben sehr erfolgreich zustandegekommene Volksinitiative „für eine realistische Flughafenpolitik“ als ungültig zu erklären. Es muss im Interesse aller liegen, diese Initiative als aktuelles Meinungsbarometer so bald als möglich dem Volk zu unterbreiten.